

HEINRICH NEMECZEK

# Der Europäische Pass für Bankgeschäfte

*Studien zum  
Regulierungsrecht*

---

**Mohr Siebeck**

# Studien zum Regulierungsrecht

Herausgegeben von

Gabriele Britz, Martin Eifert, Michael Fehling,  
Thorsten Kingreen und Johannes Masing

16





Heinrich Nemecek

# Der Europäische Pass für Bankgeschäfte

Mohr Siebeck

*Heinrich Nemeček*, geboren 1987; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Mannheim; 2014 Zweite Juristische Prüfung; 2016–17 Academic Visitor an der Faculty of Law der University of Oxford; 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Basel; LL.M.-Studium an der Harvard Law School; Research Assistant an der Harvard Law School; seit 2018 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; 2019 Promotion (Basel); seit 2019 Lehrbeauftragter an der Hochschule der Deutschen Bundesbank.  
orcid.org/0000-0001-8180-3662

ISBN 978-3-16-159588-2 / eISBN 978-3-16-159589-9  
DOI 10.1628/978-3-16-159589-9

ISSN 2191-0464 / eISSN 2569-4448 (Studien zum Regulierungsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und dort gebunden.

Printed in Germany.

## Vorwort

Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Universität Basel im Wintersemester 2019/2020 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Oktober 2019 berücksichtigt.

Ich danke zuvorderst meinem Doktorvater Professor Dr. Ulrich G. Schroeter, mit dem ich bereits seit meinem Studium fachlich eng verbunden bin und der mich in sämtlichen rechtswissenschaftlichen Belangen stets hervorragend gefördert hat. Meine fachliche Entwicklung wäre ohne ihn nicht gleichermaßen verlaufen und so bin ich ihm zutiefst zu Dank verpflichtet. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Professor Dr. Peter Jung. Danken möchte ich darüber hinaus Dr. Benjamin Leisinger, LL.M. (Chicago) für die äußerst kompetente Begleitung des Doktoratskolloquiums.

Für ihre freundliche Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum Regulierungsrecht (SRR)“ bedanke ich mich bei ihren Herausgebern.

Der Studienstiftung des deutschen Volkes, die mich bereits im Studium großzügig unterstützt hat, danke ich für die Förderung meines Dissertationsvorhabens. Durch ihre langjährige Unterstützung konnten einige persönliche Hindernisse überwunden werden und es wäre mir ohne sie nur schwerlich möglich gewesen, mich in gleicher Weise auf die Rechtswissenschaft zu konzentrieren. Ich bleibe ihr dafür für immer zu Dank verpflichtet.

Für ihre persönliche und fachliche Unterstützung möchte ich darüber hinaus Sebastian Pitz und Professor Dr. Urs Lendermann danken, die mich bereits seit einiger Zeit im Bankenaufsichtsrecht begleiten und denen ich auch weiterhin verbunden bleiben werde.

Zum erfolgreichen Abschluss dieser Arbeit haben daneben Gürkan Akbaba, Johanna Becker, Dr. Theresa Kreft und Linus Dethloff-Wieland beigetragen. Auch ihnen möchte ich dafür herzlich danken.

Schließlich danke ich den beiden wichtigsten Personen in meinem Leben, die mich seit jeher unterstützt und in allen Lebenslagen begleitet haben – meiner Mutter Swetlana Nemecek und meinem Bruder Fabian Nemecek. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im August 2021

Heinrich Nemecek



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Einleitung .....	1
Kapitel 1: Grundlagen der internationalen Bankenregulierung .....	7
<i>A. Die Bedeutung grenzüberschreitender Bankaktivitäten und internationaler regulatorischer Netzwerke .....</i>	7
<i>B. Grenzen internationaler regulatorischer Standards .....</i>	11
<i>C. Weitere Beschränkungen grenzüberschreitender Bankaktivitäten</i>	15
I. Beschränktes Harmonisierungsniveau der internationalen regulatorischen Standards .....	16
II. Institutionelle Fragmentierung .....	19
<i>D. Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung („mutual recognition“) und Maßnahmen zur einseitigen Anerkennung („unilateral recognition“) .....</i>	21
I. Anerkennungsmechanismen in der Wertpapieraufsicht .....	22
II. Gegenseitige und einseitige Anerkennung im Bankenaufsichtsrecht .....	24
1. Freistellungsverfügung nach §2 Abs. 5 KWG .....	25
2. Vereinfachtes Freistellungsverfahren für Schweizer Kreditinstitute .....	26
III. Gemeinsamkeiten der Anerkennungsmechanismen .....	27
<i>E. Zusammenfassung .....</i>	29
Kapitel 2: Europarechtliche Grundlagen des Europäischen Passes .....	31
<i>A. Grenzen der Erbringung grenzüberschreitender Bankgeschäfte ...</i>	31

I.	Grenzüberschreitende Erlaubnispflicht .....	31
II.	Pflicht zur Errichtung einer physischen Präsenz .....	34
	1. Errichtung einer Tochtergesellschaft .....	35
	2. Errichtung einer Repräsentanz .....	38
	3. Errichtung einer Zweigstelle .....	39
III.	Primärrechtlicher Schutz .....	40
IV.	Zusammenfassung .....	45
<i>B.</i>	<i>Sekundärrechtliche Harmonisierung</i> .....	46
I.	Historische Entwicklung .....	46
	1. Entwicklung bis zum Inkrafttreten der CRR und der CRD IV ..	46
	2. Inkrafttreten der CRR und der CRD IV .....	50
	3. Errichtung der EBA .....	51
II.	Materielles Bankenaufsichtsrecht .....	52
	1. Aufsichtsanforderungen nach der CRR und der CRD IV ....	52
	2. Rechtsgrundlagen des Europäischen Passes .....	54
	3. Tertiärrechtsakte .....	56
	4. Keine Maximalharmonisierung für das gesamte Bankenaufsichtsrecht .....	57
	5. Überschießende Umsetzung .....	58
	6. Erstreckung auf den EWR .....	58
III.	Institutionelle Harmonisierung durch Errichtung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) .....	61
	1. Entwicklung .....	61
	2. Grundzüge der Zuständigkeitsverteilung .....	62
 Kapitel 3: Vom Europäischen Pass erfasste Unternehmen und Tätigkeitsformen .....		 69
<i>A.</i>	<i>Subjektiver Anwendungsbereich</i> .....	69
I.	CRR-Kreditinstitute .....	69
II.	Beschränkung auf das Einlagen- und Kreditgeschäft .....	72
	1. Grundvoraussetzungen .....	72
	2. Passprivilegierung für KWG-Kreditinstitute .....	75
III.	Begriffsmerkmale des CRR-Kreditinstituts .....	77
	1. Einlagengeschäft .....	77
	2. Kreditgeschäft .....	80
	3. Vollbanklizenz bei CRR-Kreditinstituten .....	82
IV.	Tochterunternehmen .....	84
V.	Finanzinstitute .....	87
	1. Erweiterung des subjektiven Anwendungsbereichs .....	87
	2. Begriffsmerkmale .....	87
	3. Umsetzung des Art. 34 CRD IV in Deutschland .....	89

4. Enge Konnexität mit dem übergeordneten CRR-Kreditinstitut .....	91
VI. Ungerechtfertigte Beschränkung des subjektiven Anwendungsbereichs .....	93
<i>B. Erfasste Formen der grenzüberschreitenden Tätigkeit</i> .....	96
I. Abgrenzung zwischen der Errichtung einer Zweigniederlassung und dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr .....	96
II. Errichtung einer Zweigniederlassung .....	98
1. Begriffsmerkmale .....	98
2. Koinzidenz von Satzungssitz und Hauptniederlassung .....	101
III. Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr .....	103
IV. Errichtung einer Tochtergesellschaft .....	104
V. Vertraglich gebundene Vermittler .....	105
VI. Grenzüberschreitender Bezug .....	107
<i>C. Zusammenfassung</i> .....	110
Kapitel 4: Die Durchführung des Anzeigeverfahrens .....	113
<i>A. Bestehen einer Anzeigepflicht</i> .....	113
<i>B. Bestimmung des Anzeigeadressaten</i> .....	117
I. Einführung des SSM .....	117
II. Einreichung der Anzeige bei der BaFin und der Deutschen Bundesbank .....	118
III. Entstehung der Anzeigepflicht .....	120
<i>C. Weiterleitung der Anzeige an die EZB</i> .....	123
<i>D. Prüfung der Angaben durch die Aufsichtsbehörde</i> .....	125
I. Zuständigkeitsverteilung .....	125
1. Prüfungszuständigkeit als Unterfall der allgemeinen Aufsichtszuständigkeit .....	125
2. Ausübung des Europäischen Passes in einem nicht teilnehmenden Mitgliedstaat .....	126
a) Prüfungszuständigkeit .....	126
b) Materielle Prüfungsbefugnis .....	127
3. Prüfungszuständigkeit bei Ausübung des Europäischen Passes innerhalb des SSM .....	127
II. Beschlussverfahren der EZB .....	129
1. Verfahrensablauf .....	129
2. Gemeinsame Aufsichtsteams .....	132
3. Delegierte Entscheidungen aufgrund Ermächtigungsbeschlusses .....	133

III. Formelle Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der übermittelten Angaben .....	134
IV. Prüfung der Angemessenheit der Organisationsstruktur und der Finanzlage des CRR-Kreditinstituts .....	135
1. Bestehen des Prüfungsvorbehalts .....	135
2. Rechtfertigung des materiellen Prüfungsvorbehalts .....	139
3. Prüfungsgegenstand und -kriterien .....	143
4. Angemessenheit der Organisationsstruktur und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation .....	144
a) Kriterien der Angemessenheitsprüfung .....	144
b) Verantwortliche Personen .....	150
c) Personelle Substanz .....	151
5. Angemessenheit der Finanzlage .....	152
a) Begriff der Finanzlage .....	152
b) Bewertungsgrundlage .....	154
6. Weitere Angaben .....	160
7. Prüfungsmaßstab: Zweifel an der Angemessenheit der Organisationsstruktur oder der Finanzlage .....	162
V. Prüfungsfrist .....	165
1. Allgemeine Anforderungen .....	165
2. Prüfungsfrist im SSM .....	166
3. Fristberechnung .....	168
<i>E. Abschluss der Prüfung und Fortgang des Verfahrens .....</i>	170
I. Keine Zweifel an der Angemessenheit der Organisationsstruktur und der Finanzlage bei Errichtung einer Zweigniederlassung ...	170
1. Ausübung des Europäischen Passes durch ein weniger bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	170
a) Zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats .....	171
b) Inhalt der Übermittlung .....	172
aa) Kopie der Anzeige .....	172
bb) Weitere Mitteilung zur Angemessenheit der Eigenmittelausstattung sowie zur Zugehörigkeit zu einer Einlagensicherungseinrichtung .....	173
c) Modalitäten und Frist der Weiterleitung .....	176
d) Unterrichtung der EZB .....	177
aa) Errichtung der Zweigniederlassung innerhalb des SSM .....	177
bb) Errichtung der Zweigniederlassung außerhalb des SSM .....	178
cc) Empfang der Anzeige .....	179
dd) Erlaubniserteilung gegenüber dem CRR-Kreditinstitut .....	180

ee) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen .....	183
2. Ausübung des Europäischen Passes durch ein bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	185
a) Keine Unterrichtungspflicht der EZB .....	186
b) Errichtung einer Zweigniederlassung innerhalb des SSM .....	187
c) Errichtung einer Zweigniederlassung in einem nicht teilnehmenden Mitgliedstaat .....	189
d) Empfang der Anzeige durch die NCA des Aufnahmemitgliedstaats .....	190
e) Erlaubniserteilung gegenüber dem CRR-Kreditinstitut	190
aa) Adressatenbezogener Beschluss der EZB .....	190
bb) Genehmigender Beschluss der EZB .....	194
cc) Weitere Voraussetzungen für das Zustandekommen des Beschlusses .....	196
f) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen .....	196
aa) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen im EU- Eigenverwaltungsrecht .....	196
bb) Anordnung von Nebenbestimmungen durch die EZB .....	198
cc) Erscheinungsformen von Nebenbestimmungen .....	199
II. Untersagung der Errichtung einer Zweigniederlassung .....	203
III. Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr .....	205
1. Ausübung des Europäischen Passes durch ein weniger bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	205
a) Weiterleitung an die Aufnahmemitgliedstaatsbehörde ...	205
b) Unterrichtung der EZB .....	207
c) Empfang der Anzeige und Mitteilung gegenüber dem CRR-Kreditinstitut .....	207
2. Ausübung des Europäischen Passes durch ein bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	208
IV. Mitteilungen der Aufnahmemitgliedstaatsbehörde gegenüber dem CRR-Kreditinstitut .....	211
1. Eingehender Europäischer Pass .....	211
2. Errichtung einer Zweigniederlassung .....	212
3. Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr .....	215
V. Tätigkeitsbeginn .....	217
1. Errichtung einer Zweigniederlassung .....	217
2. Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr .....	218
<i>F. Besonderheiten bei Finanzinstituten .....</i>	218
<b>I. Konnexitätsanforderungen .....</b>	218

II. Anzeigeverfahren .....	220
G. Zusammenfassung .....	222
<b>Kapitel 5: Die Wirkungen und die Rechtsnatur des Europäischen Passes .....</b>	<b>225</b>
A. <i>Wirkungen gegenüber dem CRR-Kreditinstitut .....</i>	<i>225</i>
I. Territoriale Erstreckung auf das Hoheitsgebiet des Aufnahmemitgliedstaats .....	225
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	227
1. Sachliche Akzessorietät zur Bankerlaubnis .....	227
2. Ausübung des Europäischen Passes bei im Herkunftsmitgliedstaat erlaubnispflichtigen, jedoch im Aufnahmemitgliedstaat erlaubnisfreien Tätigkeiten .....	229
3. Ausübung des Europäischen Passes bei im Herkunftsmitgliedstaat erlaubnisfreien, jedoch im Aufnahmemitgliedstaat erlaubnispflichtigen Tätigkeiten .....	232
4. Weitere in Deutschland zulässige Tätigkeitsformen über Anhang I CRD IV hinaus .....	234
5. Tatsächliches Erbringen der Tätigkeiten im Herkunftsmitgliedstaat .....	235
6. Grenzüberschreitende Dienstleistungen durch die Hauptniederlassung nach Errichtung einer Zweigniederlassung im Aufnahmemitgliedstaat .....	236
III. Unterschiede zwischen der Errichtung einer Zweigniederlassung und dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr .....	237
IV. Ausübung des Europäischen Passes durch ein Finanzinstitut ...	238
B. <i>Wirkungen gegenüber der Aufnahmemitgliedstaatsbehörde .....</i>	<i>239</i>
I. Transnationale Bindungswirkung .....	239
II. Sekundärrechtlicher Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung .....	244
III. Konsequenzen der gegenseitigen Anerkennung .....	250
1. Aufsichtskonzentration bei der Herkunftsmitgliedstaatsbehörde .....	251
2. Bestimmung des anwendbaren Rechts .....	254
3. Einseitige Anerkennung für das Pfandbriefgeschäft und das Revolvinggeschäft .....	258
4. Besonderheiten bei Aufsichtszuständigkeit der EZB .....	259
C. <i>Operative und finanzielle Vorteile des Europäischen Passes .....</i>	<i>261</i>
I. Vorteile gegenüber der Errichtung eines rechtlich selbstständigen Tochterinstituts .....	261

II.	Vorteile gegenüber internationalen regulatorischen Standards	265
D.	<i>Qualifikation des Anzeigeverfahrens</i> .....	266
I.	Errichtung einer Zweigniederlassung .....	268
	1. Rechtsnatur des Anzeigeverfahrens .....	268
	2. Vergleich mit Inhaberkontrollverfahren .....	269
II.	Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr .....	272
E.	<i>Einordnung des Europäischen Passes als territoriale Annexerlaubnis</i> .....	273
I.	Begründung der Rechtsnatur .....	273
II.	Konsequenzen der Bestimmung der Rechtsnatur .....	276
	1. Anforderungen an den Bestand des Europäischen Passes ....	276
	2. Zuständigkeit für die zugrunde liegende Bankerlaubnis ....	277
III.	Folgen des Austritts eines Mitgliedstaats aus der EU und dem EWR auf den Bestand des Europäischen Passes .....	280
F.	<i>Die Rechtsnatur des Europäischen Passes bei Finanzinstituten</i> ...	285
I.	Qualifikation des Anzeigeverfahrens .....	285
II.	Rechtsnatur des Europäischen Passes .....	285
G.	<i>Zusammenfassung</i> .....	286
 Kapitel 6: Die Aufsicht bei Ausübung des Europäischen Passes .....		
		289
A.	<i>Zuständigkeit der Herkunftsmitgliedstaatsbehörde</i> .....	289
B.	<i>Aufsichtsbefugnisse der Herkunftsmitgliedstaatsbehörde</i> .....	292
C.	<i>Liquiditätsaufsicht</i> .....	294
D.	<i>Residualkompetenz des Aufnahmemitgliedstaats</i> .....	295
I.	Kooperatives Aufsichtsverfahren .....	296
	1. Befugnis zur Mitteilung von Verstößen .....	296
	2. Keine oder nur unzureichende Maßnahmen der Herkunftsmitgliedstaatsbehörde .....	301
	a) Das Verhältnis zwischen Art. 41 Abs. 2 S. 1 CRD IV und Art. 50 Abs. 4 UAbs. 1 S. 1 CRD IV .....	301
	b) Streitbeilegungsmechanismus nach Art. 41 Abs. 2 S. 1 CRD IV i. V. m. Art. 19 EBA-VO .....	303
	c) Selbsteintrittsrecht nach § 53b Abs. 4 S. 2 KWG .....	305
	3. Sicherungsmaßnahmen .....	305
II.	Aufsicht über die nationalen Bedingungen des Allgemeininteresses .....	307
	1. Kompetenz des Aufnahmemitgliedstaats zur Beschränkung der grenzüberschreitenden Tätigkeit .....	307

2. Aufsicht über die Bedingungen des Allgemeininteresses . . . . .	311
3. Geltung der nationalen Bedingungen bei Ausübung des Europäischen Passes . . . . .	313
a) Entsprechende Anwendbarkeit der nationalen Bedingungen für Zweigniederlassungen . . . . .	313
b) Statuierung von Pflichten und Verboten . . . . .	314
c) Problematische nationale Bedingungen des Allgemeininteresses . . . . .	315
aa) Aufzeichnungspflicht nach § 25a Abs. 6 S. 2 Nr. 2 KWG . . . . .	315
bb) Verbotstatbestände des § 3 Abs. 1 KWG . . . . .	315
cc) Anzeigepflichten des § 24 Abs. 1 Nrn. 5 und 7 KWG . . . . .	316
dd) Automatisierter Abruf von Kontoinformationen nach § 24c KWG . . . . .	317
d) Weitere, nicht in § 53b Abs. 3 KWG genannte nationale Bedingungen des Allgemeininteresses . . . . .	319
e) Eingriffsbefugnisse . . . . .	320
aa) Ausdrücklich in § 53b Abs. 3 KWG genannte Eingriffsbefugnisse . . . . .	320
bb) Weitere, nicht in § 53b Abs. 3 KWG ausdrücklich genannte Eingriffsbefugnisse . . . . .	323
cc) Straf- und Bußgeldvorschriften . . . . .	325
f) Spezielle aufsichtsrechtliche Pflichten . . . . .	326
aa) Millionenkreditmeldung . . . . .	326
bb) Meldung von Finanzinformationen . . . . .	327
cc) Überwachung der speziellen aufsichtsrechtlichen Pflichten . . . . .	328
dd) Überwachung durch die EZB . . . . .	329
g) Spezielle Aufsichtspflichten aufgrund anderer Richtlinien . . . . .	329
h) Spezielle Eingriffsbefugnisse: Vor-Ort-Prüfungen . . . . .	331
III. Fragmentierung . . . . .	332
<i>E. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden . . . . .</i>	<i>336</i>
I. Pflicht zum Informationsaustausch . . . . .	336
II. Bedeutende Zweigniederlassungen . . . . .	340
1. Einstufung als bedeutende Zweigniederlassung . . . . .	340
2. Verfahrensrechtliche Bestimmungen . . . . .	342
3. Einbeziehung in die Aufsicht des Aufsichtskollegiums . . . . .	343
4. Gemeinsame Entscheidungsfindung . . . . .	347
5. Teilnahmerecht der Aufnahmemitgliedstaatsbehörden . . . . .	348
6. Besonders bedeutende Zweigniederlassungen . . . . .	351

III. Der Europäische Pass im Kontext des Europäischen Verwaltungsverbundes .....	353
1. Vollzugsteilung und Vollzugsverflechtung im Rahmen des Europäischen Verwaltungsverbundes .....	353
2. Ausübung des Europäischen Passes durch ein weniger bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	355
a) Vollzugsteilung .....	355
b) Vollzugsverflechtung .....	356
3. Ausübung des Europäischen Passes durch ein bedeutendes CRR-Kreditinstitut .....	358
a) Vollzugsteilung .....	358
b) Vollzugsverflechtung .....	359
<i>F. Zusammenfassung</i> .....	361
Zusammenfassung der Ergebnisse .....	365
Literaturverzeichnis .....	381
Register .....	405



# Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Auffassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACPR	Autorité de contrôle prudentiel et de résolution
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AIFMD	Alternative Investment Fund Directive
AktG	Aktiengesetz
AL	Aktualisierung
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
AMLD	Anti-Money Laundering Directive
AnzV	Anzeigenverordnung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASIC	Australian Securities and Investments Commission
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIS	Bank for International Settlements
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsenG	Börsengesetz
Brook. J. Corp. Fin. & Com. L.	Brooklyn Journal of Corporate, Financial & Commercial Law
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWG	Bankwesengesetz (Österreich)
Calif. L. Rev.	California Law Review

CCRD	Consumer Credit Directive
CEP	Centrum für europäische Politik
CESifo	Center for Economic Studies
Chi. J. Int'l L.	Chicago Journal of International Law
CIGI & BIICL	Centre for International Governance Innovation & British Institute of International and Comparative Law
CIWUD	Credit Institutions Winding Up Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
CRD	Capital Requirements Directive
CMLJ	Capital Markets Law Journal
CMLR	Common Market Law Review
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	ders.
DGSD	Deposit Guarantee Scheme Directive
DienstleistungsRL	Dienstleistungsrichtlinie
dies.	dieselbe/dieselben
DNB	De Nederlandsche Bank
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EBA	European Banking Authority
EBA-VO	European Banking Authority-Verordnung
EBLR	European Business Law Review
EBOLR	European Business Organization Law Review
ECB	European Central Bank
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECGI	European Corporate Governance Institute
ECL	European Company Law (Zeitschrift)
EFTA	European Free Trade Association
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EMD	E-Money Directive
EMIR	European Market Infrastructure Regulation
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Europäisches Schuldvertragsübereinkommen
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
EZB-GO	Geschäftsordnung der Europäischen Zentralbank

FCA	Financial Conduct Authority
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift)
FinalitätsRL	Finalitätsrichtlinie
FinaRisikoV	Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationenverordnung
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FINREP	Financial Reporting
FMA	Finanzmarktaufsicht (Österreich)
FSB	Financial Stability Board
FSF	Financial Stability Forum
gem.	gemäß
GenTG	Gentechnikgesetz
Geo. J. Int'l J.	Georgetown Journal of International Law
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GGV	Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GroMiKV	Großkredit- und Millionenkreditverordnung
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
GWU	George Washington University
HGB	Handelsgesetzbuch
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
HLS	Harvard Law School
Hrsg.	Herausgeber
IAIS	International Association of Insurance Supervisors
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IFRS	International Financial Reporting Standards
IMF	International Monetary Fund
InhKontrollV	Inhaberkontrollverordnung
InsO	Insolvenzordnung
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
Int'l & Comp. L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
Int'l Org.	International Organization (Zeitschrift)
IOSCO	International Organization of Securities Commissions
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IRB	Internal ratings-based
i.S.d.	im Sinne des
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i.V.m.	in Verbindung mit
J. Bank. Finance	Journal of Banking & Finance
J. Bank. Regul.	Journal of Banking Regulation
J. Common Market Stud.	Journal of Common Market Studies
J. Econ. Lit.	Journal of Economic Literature

J. Finan. Services Res.	Journal of Financial Services Research
J. Finance	Journal of Finance
J. Ind. Econ.	Journal of Industrial Economics
JFR	Journal of Financial Regulation
JIBL	Journal of International Business and Law
JIBLR	Journal of International Banking Law Regulation
JIEL	Journal of International Economic Law
JMCB	Journal of Money, Credit and Banking
JPIL	Journal of Private International Law
JST	Joint Supervisory Team
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KNF	Komisja Nadzoru Finansowego
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
LG	Landgericht
LiqV	Liquiditätsverordnung
LSE	London School of Economics
Loy. U. Chi. L.J.	Loyola University Chicago Law Journal
MaqJBLR	Macquarie Journal of Business Law
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
Mich. J. Int'l L.	Michigan Journal of International Law
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NBER	The National Bureau of Economic Research
NCA	National Competent Authority
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
N.Y.L. Sch. L. Rev.	New York Law School Law Review
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
ÖBA	Österreichisches BankArchiv (Zeitschrift)
OCC	Office of the Comptroller of the Currency
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OLG	Oberlandesgericht
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Ox. J. Leg. Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PRA	Prudential Regulation Authority
PrüfbV	Prüfberichtsverordnung
PSD II	Payment Services Directive II

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDF	Recht der Finanzinstrumente (Zeitschrift)
RechKredV	Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung
RFS	Review of Financial Studies
RL	Richtlinie
S.	Satz
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
SAFE	Sustainable Architecture for Finance in Europe
SAG	Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
SEC	U.S. Securities and Exchange Commission
Seton Hall L. Rev.	Seton Hall Law Review
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
SMU L. Rev.	SMU Law Review
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process
SSM	Single Supervisory Mechanism
SSM-RVO	Single Supervisory Mechanism-Rahmenverordnung
SSM-VO	Single Supervisory Mechanism-Verordnung
StGB	Strafgesetzbuch
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht
u.a.	unter anderem
Uabs.	Unterabsatz
UMV	Unionsmarkenverordnung
UVP-RL	Umweltverträglichkeitsprüfungrichtlinie
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
Verw	Die Verwaltung (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
YEL	Yearbook of European Law
ZAG	Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrechts und Bankwirtschaft
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht



## Einleitung

Die europäische Finanzmarktregulierung hat sich in den vergangenen Jahren geradezu zu einem Archetyp der in Art. 26 Abs. 1 AEUV programmatisch umschriebenen Verwirklichung des Binnenmarktes entwickelt. In wenigen Bereichen ist das europäische Integrationsniveau derart fortgeschritten wie in der Regulierung von Finanzdienstleistungen.<sup>1</sup> Die Schaffung eines Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten organisch gewachsen und befindet sich nach wie vor in der Entwicklung. Seine besondere Komplexität besteht darin, die vielfach unterschiedlich ausgestalteten Aufsichtsbedürfnisse der Mitgliedstaaten und der an den Finanzmärkten beteiligten Parteien miteinander in Einklang zu bringen und gleichzeitig laufende Verwerfungen an den Finanzmärkten sowie andere regulatorische Herausforderungen angemessen zu adressieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die binnenmarktrelevante Finanzmarktregulierung nicht auf ein einzelnes Regulierungsinstrument konzentriert, sondern sich vielmehr aus einem Konglomerat regulatorischer Maßnahmen zusammensetzt.

Neben der Harmonisierung von Aufsichtsanforderungen, der Schaffung europäischer Regulierungsagenturen oder der Aufgabenübertragung auf die EZB hat sich insbesondere auch die Möglichkeit für Finanzunternehmen zur Ausübung des sog. Europäischen Passes als charakteristisches Instrument zur Erbringung grenzüberschreitender Finanzdienstleistungen in Europa etabliert. Der Europäische Pass existiert für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen<sup>2</sup> und Zahlungsdiensten<sup>3</sup>, für die Versicherungs- und Rück-

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu allgemein v. *Danwitz* in: Dauses/Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, 26. Erg.-Lfg., B. II. Rn. 98 ff.; *Streinz* in: Everling/Roth, Mindestharmonisierung im Europäischen Binnenmarkt, S. 9, 18; zu den kapitalmarktrechtlichen Harmonisierungskonzepten *Brüggemeier*, Harmonisierungskonzepte im europäischen Kapitalmarktrecht, S. 97 ff.

<sup>2</sup> Artt. 34 f. Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173, 12. Juni 2014, S. 349) (*Markets in Financial Instruments Directive II, MiFID II*).

<sup>3</sup> Artt. 28 ff. Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010

versicherungstätigkeit<sup>4</sup> sowie für die Tätigkeit von Organismen für gemeinsame Anlagen<sup>5</sup> und von alternativen Investmentfonds<sup>6</sup>. Der Pass gilt daneben für die Angebotsunterlagen für Übernahme- oder Pflichtangebote an die Aktionäre einer Gesellschaft im EWR<sup>7</sup> und die EWR-weite Geltung gebilligter Wertpapierprospekte<sup>8</sup>. Trotz der grundsätzlichen Vorteile des Europäischen Passes spielt er in manchen dieser Gebiete eine nur untergeordnete Rolle, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Aufnahmemitgliedstaaten mitunter weitreichende zusätzliche Aufsichtsanforderungen einführen dürfen.<sup>9</sup>

Im Rahmen grenzüberschreitender Bankaktivitäten kommt dem Passregime hingegen eine erhebliche praktische Bedeutung zu. In der EU existierten im Jahr 2019 insgesamt 730 Zweigniederlassungen, die auf der Grundlage des Europäischen Passes errichtet wurden, im Gegensatz zu lediglich 238 Zweigniederlassungen aus Drittstaaten.<sup>10</sup> Die Zahl ist allerdings insofern leicht rückläufig, als im Jahr 2013 noch 743 EU-Zweigniederlassungen existierten,<sup>11</sup> was vor allem mit den wirtschaftlichen Problemen im italienischen Bankensektor zusammenhängt.<sup>12</sup> Während die Zahl der von EU-Kreditinstituten

---

sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337, 23. Dezember 2015, S. 35) (*Payment Services Directive II, PSD II*).

<sup>4</sup> Artt. 145 ff. Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335, 17. Dezember 2009, S. 1).

<sup>5</sup> Artt. 16 ff. Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. L 302, 17. November 2009, S. 32).

<sup>6</sup> Artt. 33, 45 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174, 1. Juli 2011, S. 1).

<sup>7</sup> Art. 6 Abs. 2 Richtlinie 2004/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (ABl. L 142, 30. April 2004, S. 12).

<sup>8</sup> Art. 17 Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 345, 31. Dezember 2003, S. 64).

<sup>9</sup> *Moloney*, CMLR 2003, 809, 809 ff.; *Mügge*, 44 J. Common Market Stud. (2006) 991, 1007; *Ferran*, ECFR 2007, 461, 462; *Corcoran/Hart*, 8 Colum. J. Eur. L. (2002) 221, 242 f., 264 f.; *Verdier*, 52 Harv. Int'l L. J. (2011) 55, 74.

<sup>10</sup> EZB, Structural Indicators for the EU Banking Sector, Juni 2020, Table 3, S. 2.

<sup>11</sup> EZB, Structural Indicators for the EU Banking Sector, Mai 2018, Table 3, S. 2.

<sup>12</sup> Zu diesen Problemen zählt insbesondere der hohe Anteil notleider Kredite („*non-performing loans*“ oder „*non-performing exposures*“), der mit 360 Milliarden Euro im Dezember 2015 einen Anteil von 18,1 % an sämtlichen Krediten ausmachte (Banca D'Italia, Notes on Financial Stability and Supervision No. 3, What's the value of NPLs?, April

errichteten Zweigniederlassungen relativ stabil blieb, ist ein signifikanter Rückgang in Italien von 72 (2013) um 30,56 % auf 50 (2017) festzustellen. Während zudem die Gesamtaktiva sämtlicher EU-Zweigniederlassungen von 2,29 Billionen EUR (2013) um 11,79 % auf 2,56 Billionen EUR (2019) anstiegen, ging der Wert in Italien von 242,03 Mrd. EUR (2013) um 9,54 % auf 218,95 Mrd. EUR (2019) zurück.<sup>13</sup> Der bankenaufsichtsrechtliche Europäische Pass ist insbesondere für den deutschen Markt von besonderer Bedeutung. Mit 87 Zweigniederlassungen wurden im Jahr 2019 11,92 % aller in der Union errichteten EU-Zweigniederlassungen in Deutschland errichtet, gefolgt von Spanien mit 78 (10,68 %), dem Vereinigten Königreich mit 58 (7,95 %) sowie Frankreich mit 64 EU-Zweigniederlassungen (8,34 %).

Die praktische Bedeutung des Europäischen Passes in der Finanzmarktregulierung ist in der Öffentlichkeit vor allem infolge des „Brexits“, d. h. der Wahl des britischen Volkes für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und dem EWR, in den Vordergrund gerückt. Da Finanzinstitute aufgrund des Europäischen Passes Zugang zu den Finanzmärkten in der gesamten EU bzw. dem gesamten EWR erhalten, wurde London – als der wichtigste europäische Finanzstandort – bisher häufig als Zentrum für europäische Aktivitäten gewählt.<sup>14</sup> Diese hervorgehobene Position trug dazu bei, dass der Finanzsektor eines der zentralen Standbeine der britischen Wirtschaft darstellt. Im Jahr 2017 betrug der Anteil der Finanzindustrie an der Bruttowertschöpfung der britischen Wirtschaft 6,5%.<sup>15</sup> Innerhalb der EU und des EWR war Großbritannien seit jeher der größte Exporteur von Finanzdienstleistungen, die auch trotz Brexit auf einen Rekordwert in Höhe von 59,6 Mrd. Pfund im Jahr 2017 stiegen.<sup>16</sup> Diese Spitzenstellung wird durch

---

2016, S. 3). Aufgrund der regulatorischen Maßnahmen der EU ist dieser Wert allerdings in der Folgezeit auf 16,2 % im Juni 2016 sowie 12,2 % im Juni 2017 gesunken (Commission Staff Working Document, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council and the European Central Bank, SWD(2018) 33 final/2, 23. Januar 2018).

<sup>13</sup> Siehe EZB, Structural Indicators for the EU Banking Sector, Juni 2020, Table 4, S. 2 und EZB, Structural Indicators for the EU Banking Sector, Mai 2018, Table 4, S. 2.

<sup>14</sup> Im 23. „Global Financial Centres Index“ rangierte London noch auf dem ersten Platz vor New York (Platz 2) und Hong Kong (Platz 3), während mit Frankfurt erst auf Platz 20 die nächste in der EU/EWR gelegene Stadt folgt (The Global Financial Centres Index 23, März 2018, S. 4). Der Brexit änderte zwar nichts an der hervorgehobenen Stellung Londons als zentraler Finanzstandort, trug jedoch im 24. „Global Financial Centres Index“ dazu bei, dass nunmehr New York die Rangliste der wichtigsten Finanzzentren anführt (The Global Financial Centres Index 24, September 2018, S. 6).

<sup>15</sup> House of Commons Library, Financial services: contribution to the UK economy, Briefing Paper 6193, 25. April 2018, S. 5.

<sup>16</sup> Office for National Statistics, UK Balance of Payments, The Pink Book: 2018, 31. Juli 2018, Anhang 3.5.

den Brexit jedoch insofern relativiert, als die im Vereinigten Königreich ansässigen Finanzinstitute Gefahr laufen, das Recht zur Ausübung des Europäischen Passes zu verlieren. Auch wenn der Brexit die rechtliche Konzeption des Europäischen Passes unberührt lässt, hat er jedoch insoweit erhebliche Bedeutung erlangt, als er die Frage danach aufwirft, welche Auswirkungen der Austritt des Vereinigten Königreichs auf den Bestand des Europäischen Passes und die daraus resultierenden Rechtsfolgen hat.

Im Vergleich zu den anderen in der internationalen Finanzaufsicht existierenden Anerkennungsmaßnahmen wird dem Passregime ein höherer Grad an Rechtsvereinheitlichung zugeschrieben.<sup>17</sup> Seine Charakteristika sind allerdings nicht auf den höheren Grad an Harmonisierung beschränkt, sondern zeichnen sich durch ein komplexes aufsichtsrechtliches Gefüge aus, zu dem neben den materiell-rechtlichen Anforderungen zur Passausübung auch die institutionellen Aufsichtsbefugnisse der beteiligten Aufsichtsbehörden gehören. Diese Charakteristika existierten bereits mit Inkrafttreten der Zweiten RL 89/646/EWG vom 15. Dezember 1989<sup>18</sup>, haben sich jedoch im Laufe der Jahre durch verschiedene Reformen geändert, insbesondere durch die CRD IV<sup>19</sup>. Von wesentlicher institutioneller Bedeutung ist vor allem die Einführung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus vom 4. November 2014 (*Single Supervisory Mechanism, SSM*), der die Aufsichtszuständigkeit in zentralen Bereichen auf die EZB übertrug.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Untersuchung der dogmatischen Strukturen des Europäischen Passes für Bankgeschäfte in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des SSM sowie möglicher regulatorischer Insuffizienzen, die sich dabei im Zusammenhang mit der Erbringung grenzüberschreitender Bankgeschäfte im europäischen Binnenmarkt ergeben. Die Untersuchung erörtert zunächst die Grundlagen der internationalen Regulierung grenzüberschreitender Bankaktivitäten (Kapitel 1). Im Vordergrund stehen dabei die Grenzen, die insbesondere aus der rechtlichen Unverbind-

---

<sup>17</sup> IOSCO Task Force on Cross-Border Regulation, Final Report, FR23/2015, September 2015, S. 5 (zur grenzüberschreitenden Wertpapieraufsicht): „passporting may require legal framework or an international treaty, together with a high degree of rule convergence and harmonization in processes“; *Verdier*, 52 *Harv. Int'l L. J.* (2011), 55, 71 f.; *Nemeczek/Pitz*, EBLR 2018, 425, 427.

<sup>18</sup> Zweite Richtlinie 89/646/EWG des Rates vom 15. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie 77/780/EWG (ABl. L 386, 30. Dezember 1989, S. 1).

<sup>19</sup> Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176, 27. Juni 2013, S. 338).

lichkeit internationaler regulatorischer Standards sowie aus der institutionellen Fragmentierung bei der Beaufsichtigung grenzüberschreitender Bankgeschäfte resultieren. Um die rechtspolitische Notwendigkeit und die operativen sowie finanziellen Vorteile des Europäischen Passes zu demonstrieren, ist es im Anschluss erforderlich, die Grenzen der Erbringung grenzüberschreitender Bankgeschäfte im europäischen Recht, die ohne Einführung des Europäischen Passes bestünden, sowie die Grundlagen der sekundärrechtlichen Harmonisierung und der Einführung des SSM zu erläutern (Kapitel 2). Es folgen die Analyse des subjektiven Anwendungsbereichs des Europäischen Passes sowie die Formen grenzüberschreitender Tätigkeiten, die durch den Europäischen Pass ausgeübt werden können (Kapitel 3). Eines der zentralen Elemente des Europäischen Passes umfasst das Anzeigeverfahren, das vor Aufnahme der grenzüberschreitenden Tätigkeit bei der zuständigen Aufsichtsbehörde durchlaufen werden muss und das im nachfolgenden Teil adressiert wird (Kapitel 4). Daran anschließend werden die Wirkungen des Europäischen Passes gegenüber den passberechtigten Unternehmen sowie den beteiligten Aufsichtsbehörden analysiert. Auf dieser Grundlage wird die Rechtsnatur sowohl des Anzeigeverfahrens als auch des Europäischen Passes untersucht (Kapitel 5). Der letzte Teil dieser Arbeit analysiert die fortlaufende Aufsicht nach Aufnahme der grenzüberschreitenden Tätigkeit durch die beteiligten Aufsichtsbehörden (Kapitel 6).



## Kapitel 1

# Grundlagen der internationalen Bankenregulierung

## A. Die Bedeutung grenzüberschreitender Bankaktivitäten und internationaler regulatorischer Netzwerke

Die Gewährleistung internationaler Finanzstabilität ist von elementarer Bedeutung für eine funktionierende globale Wirtschaftsordnung.<sup>1</sup> Gleichwohl existiert weder eine internationale Aufsichtsinstanz, die die Erfüllung internationaler regulatorischer Standards überwacht, noch verfügen nationale Aufsichtsbehörden über die notwendigen Befugnisse zur grenzüberschreitenden Durchsetzung eines internationalen Regulierungsregimes.<sup>2</sup> Eines der zentralen Probleme in der internationalen Finanzmarktregulierung besteht in der Divergenz zwischen dem Ausmaß globaler Kapitalflüsse und der Wirksamkeit staatlicher Aufsicht. Der Aufstieg grenzüberschreitender Kapitalflüsse wurde in den letzten Jahrzehnten insbesondere durch den technologischen Fortschritt, durch Finanzinnovationen sowie – in den 90er-Jahren – durch den Trend zur Deregulierung befördert.<sup>3</sup> Während Kapital dadurch verhältnismäßig leicht über die Grenzen hinweg bewegt werden kann, stößt

---

<sup>1</sup> BCBS, Basel III: A global regulatory framework for more resilient banks and banking systems, Dezember 2010 (rev Juni 2011), Rn. 1; *Allen*, 45 Loy. U. Chi. L.J. (2013), 173, 182 ff.; *dies.*, 45 Geo. J. Int'l J. (2014), 929, 946; *Wilczyński*, 5 Contemporary Economics (2011), 4, 7 f.; *Armour/Awrey/Davies/Enriques/Gordon/Mayer/Payne*, Principles of Financial Regulation, S. 616; *Ülgen* in: Bance, Providing public goods and commons. Towards coproduction and new forms of governance for a revival of public action, S. 101 ff.; *Griffith-Jones* in: Kaul/Le Goulven/Schnupf, Global Public Good Financing: New Tools for New Challenges, S. 80.

<sup>2</sup> *Verdier*, 52 Harv. Int'l L. J. (2011), 55, 57; *Armour/Awrey/Davies/Enriques/Gordon/Mayer/Payne*, Principles of Financial Regulation, S. 616; *Ocampo*, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis, S. 13; *Griffith-Jones*, FES Briefing Paper 2 (2009), S. 7 f.; siehe auch *dies.*, Commonwealth Finance Ministers Meeting, Paper for the Commonwealth Secretariat, FMM(09)8, S. 11 ff.; *Blackmore/Jeapes*, CMLJ 2009, 112 ff.; *Bollen*, 5 MaqJBLR (2008), 255 ff.; *Eatwell/Taylor* in: *Eatwell/Taylor*, International Capital Markets: Systems in Transition, S. 15, 17.

<sup>3</sup> *Davies/Green*, Global Financial Regulation: The Essential Guide, S. 8; *Sassen*, Losing Control? – Sovereignty in an Age of Globalization, S. 40 ff.; *Brummer*, Soft Law and the Global Financial System, 2. Aufl., S. 10 f.

die Aufsicht durch nationale Behörden in mehrfacher Hinsicht auf Grenzen.<sup>4</sup> Aufgrund des völkerrechtlichen Territorialitätsprinzips sind ihre Befugnisse grundsätzlich auf das eigene Hoheitsgebiet beschränkt.<sup>5</sup> Sie sind zudem darauf angewiesen, dass ihnen die Aufsichtsbehörden anderer Staaten die erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, um die von den Bankengruppen und deren Tochterunternehmen global eingegangenen Risiken angemessen bewerten zu können. Hierzu wären wirksame Mechanismen zum Informationsaustausch und zur Kooperation notwendig, die in vielen Fällen allerdings nicht bestehen.<sup>6</sup> Global eingegangenen Risiken steht daher keine effektive Kontrolle durch eine einzige internationale Aufsichtsbehörde oder durch wirksam koordinierte nationale Aufsichtsbehörden gegenüber.

Diese regulatorische Fragmentierung war letztlich auch eine der wesentlichen Ursachen für die globale Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2009 sowie der nachfolgenden Staatsschuldenkrise in der Eurozone von 2010 bis 2012.<sup>7</sup> Der durch den Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. verursachte weltweite Contagion-Effekt<sup>8</sup> demonstrierte, dass sich die von den Aufsichtsbehörden ergriffenen

---

<sup>4</sup> *Armour/Awrey/Davies/Enriques/Gordon/Mayer/Payne*, Principles of Financial Regulation, S. 616; *Brunner*, Soft Law and the Global Financial System, 2. Aufl., S. 10 ff.

<sup>5</sup> Siehe zum völkerrechtlichen Territorialitätsgrundsatz StIGH, Urteil vom 7. September 1927, PCIJ Series A, No. 10 (1927), S. 18 f.; Schlussanträge GA Jääskinen, 20. November 2014, C-507/13, ECLI:EU:C:2014:2394, Rn. 37; BVerfG, Beschluss vom 22. März 1983, 2 BvR 475/78, BVerfGE 63, 343, 372 f.; BVerwG, Urteil vom 17. Dezember 1986, 7 C 29/85, BVerfGE 75, 285, 286 f.; BVerwG, Urteil vom 22. August 2007, BVerfGE 129, 175; BVerwG, Urteil vom 16. Oktober 2008, 4 C 3/07, BVerfGE 132, 151 Rn. 21; BSG, Urteil vom 28. Juli 2008, B 1 KR 4/08 R, NJOZ 2009, 880 Rn. 23; BSG, Urteil vom 26. Januar 1983, 1 S 2/82, juris Rn. 29; *Ohler* in: Terhechte, Verwaltungsrecht der Europäischen Union (2011) § 9 Rn. 4; *Huck*, NJOZ 2015, 993, 994; *Englisch/Krüger*, IStR 2013, 513, 514 ff.; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl., §§ 1019 ff.; *Vogel*, Der räumliche Anwendungsbereich der Verwaltungsrechtsnorm, S. 11 ff.

<sup>6</sup> Siehe auch BCBS, Core Principles for Effective Banking Supervision, September 2012, Rn. 71 und S. 37 ff.; *Pistor*, ECGI Working Paper No. 286/2010, S. 10; *Derviz/Seidler*, Modern Economy 2014, 1064, 1065 ff.

<sup>7</sup> U.S. Department of the Treasury, Financial Regulatory Reform (2009) 80 ff.; Committee on Capital Markets Regulation, The Global Financial Crisis: A Plan for Regulatory Reform, Mai 2009, 212 ff.; *Verdier*, 52 Harv. Int'l L. J. (2011), 55, 56; *Armour/Awrey/Davies/Enriques/Gordon/Mayer/Payne*, Principles of Financial Regulation, S. 616; *Tarullo*, Banking on Basel, S. 135 ff.

<sup>8</sup> Siehe dazu EuG, Urteil vom 13. Juli 2018, T-786/14, ECLI:EU:T:2018:487, Rn. 281, 293 f., 309, 335, 337, 356, 457, 466 ff. – Bourdouvali u.a./Rat u.a.; *Binder*, Bankeninsolvenzen im Spannungsfeld zwischen Bankaufsichts- und Insolvenzrecht (2005) 120 ff.; *Hellwig*, Systemische Risiken, Systemische Risiken im Finanzsektor, S. 123 ff.; *Weiß*, DBW – Die Betriebswirtschaft 2009, 521 ff.; *Calomiris*, National Bureau of Economic Research Working Papers 13597; *Kaufman*, 8 J. Finan. Services Res. (1994), 123 ff.

Maßnahmen auf die jeweils eigenen Märkte und Jurisdiktionen konzentrierten. Trotz der stark miteinander vernetzten Finanzmärkte führten die wenig koordinierten Maßnahmen der Aufsichtsbehörden und Staaten dazu, dass die globale Finanzstabilität insgesamt erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Bedeutung und die Risiken grenzüberschreitender Bankaktivitäten wurden allerdings nicht erst aufgrund der Zahlungsunfähigkeit der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. offenbart. Bereits der Zusammenbruch der deutschen Herstatt-Bank im Juni 1974 erschütterte als die bis dahin größte Bankeninsolvenz der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die heimischen Märkte,<sup>9</sup> sondern führte auch zu Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten.<sup>10</sup> Die Herstatt-Insolvenz leitete für die Harmonisierung regulatorischer Standards indes einen bedeutsamen Wendepunkt ein. Sie führte zur Einrichtung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (*Basel Committee on Banking Supervision, BCBS*), der sich aus Mitgliedern der Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden der G-10-Staaten zusammensetzte.<sup>11</sup> Die Arbeit des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht bestand von Anfang an darin, Lücken in der internationalen Aufsichtspraxis zu schließen, um einerseits das Risiko regulatorischer Arbitrage zu minimieren und andererseits eine angemessene und konsistente Aufsicht unter den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.<sup>12</sup> In seinem ersten – als „Baseler Konkordat“ bekannten – Bericht „Report to the Governors on the supervision of banks' foreign establishments“ legte der Ausschuss im September 1975 Grundsätze zur Zusammenarbeit der nationalen Behörden in der Aufsicht über ausländische Niederlassungen fest und schlug Maßnahmen vor, die die Wirksamkeit der Aufsicht verbessern sollten.<sup>13</sup> Zentrale praktische Bedeutung hatte der Baseler Ausschuss für die internationale Konvergenz der Eigenmittelregulierung, die zunächst zur Veröffentlichung des Baseler Akkords von 1988 („Basel I“) führte.<sup>14</sup> Der Baseler Akkord von 2004 („Basel

---

<sup>9</sup> Vgl. hierzu die aus der Herstattkrise resultierenden Urteile des BGH: BGH, Urteil vom 9. Juli 1979, II ZR 118/77, BGHZ 75, 96; BGH, Urteil vom 12. Juli 1979, III ZR 154/77, BGHZ 75, 120; BGH, Urteil vom 21. Dezember 1979, II ZR 244/78, NJW 1980, 1629; BGH, Beschluss vom 21. Oktober 1982, III ZR 20/82, NJW 1983, 563.

<sup>10</sup> *Mourlon-Druol*, 57 *Business History* (2015), 1 ff.; *Brummer*, *Minilateralism: How Trade Alliances, Soft Law, and Financial Engineering are Redefining Economic Statecraft*, S. 12; *ders./Smallcomb* in: *Moloney/Ferran/Payne*, *The Oxford Handbook of Financial Regulation*, S. 129, 139 ff.

<sup>11</sup> BCBS, *History of the Basel Committee*, 14. April 2018.

<sup>12</sup> Siehe BCBS, *Report to the Governors on the supervision of banks' foreign establishments*, BS/75/44e, 26. September 1975, S. 2.

<sup>13</sup> BCBS, *Report to the Governors on the supervision of banks' foreign establishments*, BS/75/44e, 26. September 1975.

<sup>14</sup> BCBS, *International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards*, Juli 1988.

II“) etablierte das Drei-Säulen-Modell zur Überwachung der Eigenkapitalanforderungen, das sich aus den Mindesteigenkapitalanforderungen (Säule I), dem bankaufsichtlichen Überprüfungsprozess (Säule II) und den Offenlegungspflichten durch die Banken (Säule III) zusammensetzt.<sup>15</sup> Als Reaktion auf die globale Finanzkrise wurde sodann die Eigenkapital- und Liquiditätsregulierung durch das Basel-III-Rahmenwerk grundlegend neu konzipiert.<sup>16</sup> Die Baseler Standards sind ein zentrales Beispiel für die in der Praxis bedeutsamen Arbeiten internationaler regulatorischer Netzwerke (*transnational regulatory networks*).<sup>17</sup> Neben dem Baseler Ausschuss wurden insbesondere im Jahr 1983 die *International Organization of Securities Commissions (IOSCO)* für den Bereich der Wertpapieraufsicht,<sup>18</sup> im Jahr 1994 die *International Association of Insurance Supervisors (IAIS)* für den Bereich der Versicherungsaufsicht<sup>19</sup> und das *Financial Stability Board (FSB)*, das im Jahr 2009 auf Initiative der G-20-Staaten dem auf informeller Basis errichteten *Financial Stability Forum (FSF)* folgte, gegründet.<sup>20</sup> Die regulatorischen Netzwerke erfüllen gleichsam eine „Schrittmacherfunktion“, indem die von ihnen erarbeiteten Standards zu einer internationalen Harmonisierung in wesentlichen aufsichtsrechtlichen Teilbereichen geführt haben. So wurden jüngste Reformen des Baseler Ausschusses bereits in den meisten Mitgliedstaaten in wesentlichen Teilen implementiert.<sup>21</sup> In der EU wurden die Aufsichtsanforderungen der CRR und der CRD IV insbesondere durch das Basel-III-Rahmenwerk beeinflusst.<sup>22</sup>

<sup>15</sup> BCBS, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards: A Revised Framework, Juli 2006.

<sup>16</sup> BCBS, Basel III: A global regulatory framework for more resilient banks and banking systems, Dezember 2010 (rev Juni 2011).

<sup>17</sup> *Slaughter*, A New World Order, S. 42 ff.; *dies.* in: Byers, The Role of Law in International Politics, S. 177, 181 ff.; *Barr/Miller*, 17 Eur. J. Int'l L. 2006, 15 ff.; *Devuyst* in: Pollack/Shaffer, Transatlantic Governance in the Global Economy, S. 127; *Verdier*, 34 Yale J. Int'l L. (2009), 113, 116, 123; 130 ff.

<sup>18</sup> OECD, IOSCO Profile, abrufbar unter: <https://www.oecd.org/gov/regulatory-policy/IOSCO%20profile.pdf> (zuletzt abgerufen am: 30. Juli 2021).

<sup>19</sup> OECD, IAIS Profile, abrufbar unter: <https://www.oecd.org/gov/regulatory-policy/IAIS%20profile.pdf> (zuletzt abgerufen am: 30. Juli 2021).

<sup>20</sup> FSB, History of the FSB, abrufbar unter: <https://www.fsb.org/history-of-the-fsb/> (zuletzt abgerufen am: 30. Juli 2021).

<sup>21</sup> Siehe hierzu BCBS, Fourteenth progress report on adoption of the Basel regulatory framework, April 2018.

<sup>22</sup> Erwägungsgründe 1, 10, 41, 45, 82, 93, 101, 102, 112 der CRR; Erwägungsgründe 79 und 82 der CRD IV; siehe auch EBA, CRD IV-CRR/Basel III Monitoring Exercise – Results Based on Data as of 30 June 2017, 6. März 2018; EBA, Ad Hoc Cumulative Impact Assessment of the Basel Reform Package, 20. Dezember 2017.

# Register

- Akzessorietät, sachliche zur Bank-  
erlaubnis 227 ff.
- Allgemeininteresse
  - Aufsicht über nationale Bedingungen des  
Allgemeininteresses 307 ff.
  - Eingriffsbefugnisse 320 ff.
  - Fragmentierung 332 ff.
  - nicht in § 53b Abs. 3 KWG genannte  
nationale Bedingungen des Allgemein-  
interesses 319 f.
  - Straf- und Bußgeldvorschriften 325
  - Vor-Ort-Prüfungen 331 f.
- Angemessenheit
  - Finanzlage 152 ff.
  - Organisationsstruktur 144 ff.
- Anwendbares Recht 254 ff.
- Anzeigeadressat 117 ff.
- Anzeigepflicht 113 ff., 316
  - Entstehung 120 ff.
  - Weiterleitung der Anzeige 123 f., 176 f.
- Anzeigeverfahren, Qualifikation 266 ff.,  
285
- Äquivalenzregime, MiFIR 23, 28
- Aufnahmemitgliedstaatsbehörde
  - Mitteilung 211 ff.
  - Residualkompetenz 295 ff.
  - Teilnahmerecht an Aufsichtskollegium  
348 ff.
  - Wirkungen des Europäischen Passes  
239 ff.
- Aufsichtskollegium 343 ff.
- Aufsichtskonzentration 29, 48, 67, 233,  
241, 251 ff., 265, 278, 287, 289 ff., 295 ff.,  
300 ff., 311, 315, 320, 324, 328 ff., 347,  
350
- Aufzeichnungspflicht nach § 25a Abs. 6  
S. 2 Nr. 2 KWG 315
- Automatisierter Abruf von Konto-  
informationen 317 ff.
- Bankgeschäfte
  - Einlagengeschäft 72 ff., 77 ff.
  - Kreditgeschäft 72 ff., 80 ff.
  - normale 73
- Bank-Run-Szenario 15
- Bedeutende Zweigniederlassung 340 ff.
- Besonders bedeutende Zweignieder-  
lassung 351 ff.
- Bedingungen des Allgemeininteresses  
*siehe* Allgemeininteresse
- Beginn der Tätigkeit 217 f.
- Beschlussverfahren der EZB 129 ff.
- Brexit 3, 280 ff.
- Briefkastenfirma 36, 101, 151, 284
- Bußgeldvorschriften 325 f.
- Contagion-Effekt 15
- CRD IV 52 ff.
  - historische Entwicklung 46 ff., 50 f.
  - Rechtsgrundlagen des Europäischen  
Passes 54 ff.
- CRR 52 ff.
  - historische Entwicklung 46 ff., 50 f.
- CRR-Kreditinstitut 69 ff.
- Delegierte Entscheidung 133 f.
- Dienstleistungsfreiheit 40 ff.
- Dienstleistungsverkehr
  - Abgrenzung zur Errichtung einer  
Zweigniederlassung 96 f., 237 f.
  - Begriffsmerkmale 103 f.
- Doppelaufsicht 19, 21, 38, 264, 335, 344
- Doppelstruktur 18, 30, 37 f., 45
- EBA 51 f., 56 f.
  - Streitbeilegungsmechanismus 303 ff.
- Effects doctrine 33
- Eingriffsbefugnisse 320 ff.
- Einlagengeschäft 72 ff., 77 ff.

- Einlagensicherungseinrichtung 173 ff.,  
206, 221, 223, 330 f., 339
- Einstellung des Geschäftsbetriebs 316 f.
- Erlaubniserteilung 180 ff., 190 ff.
- Erlaubnispflicht 73 f., 88, 114, 228 ff., 286  
– grenzüberschreitende 31 ff.  
– vertraglich gebundener Vermittler 106
- Ermächtigungsbeschluss 133 f.
- Europäischer Verwaltungsverbund 353 ff.
- EWR 58 f.
- EZB  
– Beschluss der 129 ff., 190 ff.  
– Konsolidierung der Aufsichtsbefugnisse 187 ff., 210, 259 ff., 333, 359  
– Überwachung nationaler Bedingungen des Allgemeininteresses 329  
– Unterrichtung der 177 ff., 186 f., 207
- Finanzinstitut 87 ff.  
– Anzeigeverfahren 218 ff.  
– Rechtsnatur des Europäischen Passes 285 f.  
– Wirkungen des Europäischen Passes 238 f.
- Finanzinformationen, Meldung 327
- Finanzlage, Angemessenheit der 152 ff.
- FINMA 26 f.
- Fragmentierung, institutionelle 19 ff.
- Freistellungsverfahren 24 ff.  
– vereinfachtes 24, 26 f.
- Frist *siehe* Prüfungsfrist
- Gegenseitige Anerkennung 244 ff.
- Gemeinsame Entscheidungsfindung 347 f.
- Geschäftsorganisation, Ordnungsmäßigkeit 144 ff.
- Grenzüberschreitender Bezug 107 ff.
- Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr *siehe* Dienstleistungsverkehr
- Handelsfinanzierung 81 f.
- Hauptniederlassung 42, 101 ff.
- Herkunftsmitgliedstaatsbehörde  
– Aufsichtsbefugnisse 292 f.  
– Aufsichtskonzentration 251 ff.  
– keine oder nur unzureichende Maßnahmen 301 ff.  
– Zuständigkeit 289 ff.
- Herkunftslandprinzip 43, 244, 255, 310
- Informationsaustausch 336 ff.
- Inhaberkontrollverfahren 113, 120, 122,  
141, 198, 269 ff.
- JST 132
- Kapitalverkehrsfreiheit 41, 60
- Konsolidierung 19, 30, 35, 37, 85, 95, 220,  
228, 263, 279, 290, 314, 333, 342, 344 f.,  
348 f.  
– Konsolidierung der Aufsichtsbefugnisse 187 ff., 210, 259 ff., 333, 359
- Kooperatives Aufsichtsverfahren 296 ff.
- Kreditgeschäft 72 ff., 80 ff.
- Kreditinstitut  
– CRR-Kreditinstitut 69 ff.  
– KWG-Kreditinstitut 75 ff.
- Leere Hülle 101 f., 151, 284
- Liquiditätsaufsicht 294
- Maximalharmonisierung 57, 88
- Millionenkreditmeldung 326 f.
- Mitgliedstaat 59
- Mutual recognition 21 ff., 30
- Nebenbestimmungen 183 ff., 196 ff.
- Niederlassungsfreiheit 40 ff., 54 f., 94, 97,  
100 ff., 139, 141, 159, 162 f., 198, 212, 215,  
284, 308, 310
- Non-objection procedure 130 ff.
- Öffentliches Kollisionsrecht 254 ff., 328 f.,  
331, 336
- Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation 144 ff.
- Personelle Substanz 151 f.
- Pfandbriefgeschäft 258 f.
- Primärrechtlicher Schutz 40 ff.  
– primärrechtliche Anerkennungspflicht 44
- Prüfung der Anzeige 125 ff.  
– formelle 134 f.  
– materieller Prüfungsvorbehalt 135 ff.  
– Prüfungsgegenstand 143 f.

- Prüfungsfrist 165 ff.
- Rechtsnatur
- des Anzeigeverfahrens 266 ff., 285
  - des Europäischen Passes 273 ff., 285 f.
- Repräsentanz 38 f., 267
- Residualkompetenz 295 ff.
- Revolvinggeschäft 258 f.
- Ring-Fencing 20
- Sachlicher Anwendungsbereich des Europäischen Passes 227 ff.
- Satzungssitz 101 ff.
- Selbsteintrittsrecht 305
- Separate Entity Doctrine 17
- Sicherungsmaßnahmen 305 ff.
- Single-License-Prinzip 273
- Single Rulebook 52, 137
- Soft Law 11, 15, 265 f.
- Spill-over-Effekt 15
- SSM 61 ff.
- Anzeigeadressat 117 f.
  - Beschlussverfahren der EZB 129 ff., 190 ff.
- Strafvorschriften 325 f.
- Streitbeilegungsmechanismus, EBA 303 ff.
- Subjektiver Anwendungsbereich des Europäischen Passes 69 ff.
- Tatsächliches Erbringen der Tätigkeiten 235 f.
- Territorialitätsprinzip 8, 17, 31 f., 225, 250 f., 254 ff., 292, 299
- Tertiärrechtsakt 56 f., 62
- Tochtergesellschaft/Tochterunternehmen 35 ff., 45
- subjektiver Anwendungsbereich des Europäischen Passes 84 ff., 104 f.
- Transnational regulatory networks 10, 12
- Transnationale Bindungswirkung 239 ff.
- Transnationaler Verwaltungsakt 242
- Überschießende Umsetzung 58
- Unilateral recognition 21 ff., 30
- Unterrichtung der EZB 177 ff., 186 f., 207
- Untersagung
- Errichtung einer Zweigniederlassung 203 f.
  - grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr 205 ff.
- Verantwortliche Personen 150 f.
- Verbotstatbestände des § 3 Abs. 1 KWG 315 f.
- Verlegung der Niederlassung 316 f.
- Vertraglich gebundener Vermittler 105 ff.
- Vollbanklizenz 82 ff.
- Vollzugsteilung 353 ff.
- Vollzugsverflechtung 353 ff.
- Vor-Ort-Prüfungen 331 f.
- Vorteile des Europäischen Passes 261 ff.
- Weiterleitung der Anzeige 123 f., 176 f.
- Wirkungen des Europäischen Passes 225 ff.
- Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden 336 ff.
- Zuständigkeitsverteilung 125 ff.
- Zweifel an der Angemessenheit der Organisationsstruktur oder der Finanzlage 162 ff.
- Zweigniederlassung
- Abgrenzung zum grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr 96 f., 237 f.
  - bedeutende 340 ff.
  - Begriffsmerkmale 98 ff.
  - besonders bedeutende 351 ff.
- Zweigstelle (§ 53 KWG) 39 f.